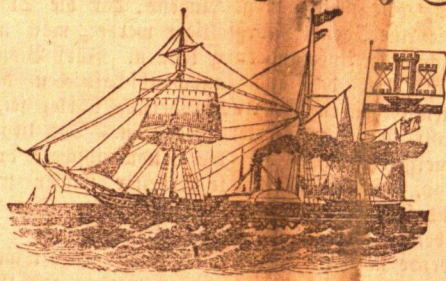


Memeler Dampfboot.

„Memeler und Grenz-Zeitung.“

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-
und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
pränumerando 3 Mark,
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten
3 1/2 Mark.
Für Rußland 3 Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-
Spalte von Abonnenten mit 15 R.-Pf.,
von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit
20 R.-Pf. berechnet.

Reclamen pro 1spaltiger Petitzeile 25 R.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt,
sind **spätestens** bis Nachmittags 2 Uhr
einzuliefern.

Belag-Exemplare kosten 10 R.-Pf.

№ 59.

Memel, Dienstag, den 11. März.

1879.

Tages-Chronik.

Den 11., Vorm. 11 1/4 Uhr, im Geschäftslokale der Garnison-Verwaltung, Holzstraße Nr. 30a, Submission behufs Bau zweier Arrestzellen; Nachm. 2 Uhr, im Ladenlokale Friedrich-Wilhelm-Straße 9. 10. Auktion über Kleiderstoffe, Buckskins und andere Manufactur-Waaren; 4 Uhr: 1) im Resthause Auktion von Amerikanischem Honig; 2) im Pachtlokal Magasinat General-Bersammlung der Milch-Magazin-Gesellschaft; Abends 8 Uhr: 1) im Schützenhause Frauenabend des Handwerker-Vereins, 2) im Restaurant Müller Versammlung des Nautischen Vereins.

Wochenschau.

* Memel, den 10. März.

Der Reichstag hat die Verkaufsbefugnis mit großer Majorität abgelehnt und die Geschäftsordnungscommission beauftragt, zu prüfen, ob die Geschäftsordnungsrevisionsbedürftig sei und im bejahenden Falle Vorschläge zu machen. Es ist dies der einzig richtige Weg, um die Unabhängigkeit und Würde des Reichstages zu wahren und wirklichen Uebelständen abzuheben. Wegen die von der Regierung eingebrachte Vorlage wurde namentlich geltend gemacht, daß eine Beschränkung der Berichterstattung schon deshalb ihren Zweck verfehlen würde, weil die Verhandlungen öffentlich seien und die im Berichte unterdrückten Aeußerungen also doch verbreitet würden, da man doch den Aeußerungen nicht ohne Weiteres die Strafe auferlegen kann; von Lasker und Hänel wurde außerdem noch an Bismarcks eigenen Reden überzeugend nachgewiesen, daß gerade der Reichskanzler es gewesen, welcher den von ihm verpönten Ton in die Debatte hineingebracht und nicht selten die Grenze des parlamentarisch Erlaubten gestreift habe. Das Verhältniß Bismarcks zu den Liberalen hat sich durch diese Auslassungen keineswegs gebessert. Bei Gelegenheit der zweiten Staatslesung ist es zu einem scharfen Rencontre zwischen Bismarck und Lasker gekommen, indem Ersterer dem Letzteren rundweg vorwarf, bei der neuen Gesetzgebung mehr das Wohl der Verbacher als des Interesses des Ganzen berücksichtigt zu haben. Noch weniger gut als auf Lasker ist der Kanzler auf den grimmigen Richter-Hagen zu sprechen; so oft der Letztere am vergangenen Sonnabend das Wort ergriff, verließ Bismarck den Saal und kehrte erst wieder zurück, wenn Richter geendet hatte. Auf der morgenden Tagesordnung steht der von den Elsässer Autonomisten eingebrachte und den Liberalen unterstützte Antrag betreffend die Erhebung von Elsaß-Lothringen zu einem selbstständigen Bundesstaate. Bismarck soll nicht abgeneigt sein darauf einzugehen, und ist es nicht unwahrscheinlich, daß unser Kronprinz demnächst als Stellvertreter des Kaisers mit einem verantwortlichen Minister an der Seite seinen Einzug in Straßburg halten wird. Unseren Kaiser hat ein leichter Unfall betroffen, der glücklichweise von keinen nachtheiligen Folgen begleitet ist. Vor dem Saarbrückerer Zuchtpolizeigericht wird gegenwärtig der Marpinger Wunderschwundel verhandelt; der Prozeß enthillt ein wahrhaft grauenvolles Bild von sittlicher Verworfenheit; noch im zartesten Alter stehende Kinder werden systematisch zu Lüge und Trug abgerichtet und dadurch für ihr ganzes Leben moralisch ruiniert; dies alles geschieht im Namen der Religion, also gerade des Heiligsten, was der Mensch hat. Wahrlich für ein solches Treiben ist selbst die härteste Strafe noch zu mild!

In Frankreich gewinnen die Radikalen täglich mehr die Oberhand; Gambetta ist bereits übertrumpft; nicht er, sondern der intransigente Deputirte von Montmartre, Clemenceau, beherrscht z. B. thatsächlich die Situation. Der Minister des Innern, Marçé, mußte seine Entlassung geben, da er der von der Assemblée behufs Prüfung der Pariser Polizeiverhältnisse eingesetzten Commission gegenüber mehrere sehr compromittirte Polizeibeamte in Schutz nahm; wie es heißt, soll Marçé, der früher dem Kaiserreich diente, diese Haltung eingenommen haben, weil er sich selbst nicht ganz rein fühlte; was daran wahr ist, läßt sich nicht sagen; sicher ist nur so viel, daß Marçé nicht das Herz hatte, die gegen ihn namentlich hinsichtlich unsauberer Börsengeschäfte gerichteten Vorwürfe zu entkräften. Sein Nachfolger ist der bisherige San-

delminister Lepère, dessen Stelle nunmehr Tirard einnimmt. Letzterer gehört der fortgeschrittenen Linken an und war einige Tage Mitglied der Commune, demissionirte aber bereits in der ersten Sitzung und begab sich nicht ohne Lebensgefahr nach Versailles, wo er sich der Regierung des Herrn Thiers zur Verfügung stellte. Seit 1871 ist er unausgesetzt parlamentarisch thätig. In handelspolitischer Beziehung huldigt er dem gemäßigten Liberalismus. Das Reich Centrum ist im Cabinet augenblicklich nur noch durch Waddington und Leon Say vertreten, allein auch deren Stellung ist bereits stark unterwühlt. Leon Say hat sich neuerdings dadurch mißliebig gemacht, daß er die Finanzwelt mehrere Tage darüber im Ungewissen ließ, ob er die beabsichtigte Rentenconversion billige und auf diese Weise einen kleinen Börsenscandal hervorrief. Waddington aber wird schwerlich die auswärtige Politik weiter besorgen, wenn die Deputirtenkammer dem Antrage ihrer Commission entsprechend, die Minister vom 16. Mai in Anklagezustand versetzen sollte. Mit Waddingtons und Say's Austritt wäre das gemäßigte Element gänzlich aus dem Cabinet ausgeschieden; die Portefeuilles wären dann sämmtlich in den Händen von Mitgliedern der republikanischen Linken, deren Regierungsfähigkeit sich erst noch erproben müßte; jeden Falls würden die mehr conservativen Kreise einem solchen Experimente nicht ohne eine gewisse Beängstigung zusehen und ihre ohnedem sehr zarte Anhänglichkeit an die Republik nicht unbedenklich aufzugeben werden.

Graf Andrassy kann sich rühmen, in dem um seine Orientpolitik entbrannten parlamentarischen Kampfe Sieger geblieben zu sein; seine Hauptgegner, darunter Herbst, haben ihre Mandate für die Delegationen niedergelegt und letztere die für die Besetzung Bosniens nothwendig gewordenen Kosten bewilligt. In Teplitz sprudelt die in Folge der bekannten Bergwerks-Katastrophe ausgebliebene Quelle auf's Neue, während die Gegend von Szegedin durch Ueberschwemmungen schwer heimgesucht ist. Veranlaßt durch sehr hohe Geldforderungen, deren Erfüllung der Besteger Cubas, Martinez Campos, für die Insel von dem Ministerpräsident, Canovas de Castillo, welcher seit dem Regierungsantritte Alfons XII. die Geschäfte führte, zurückgetreten und hat dem Vorkaufster des Pronunciamiento von Sagunt Platz gemacht, der ganz der Mann dazu ist seine Wünsche auch durchsetzen.

Die Aufhebung der Nordschleswig betreffenden Clausel 5 des Prager Friedens hat in Dänemark selbst solche Kreise verbittert, von denen man voraussetzen sollte, daß sie durch politische Ereignisse nicht berührt würden; die Kopenhagener Universität hat von der ursprünglich in Aussicht genommenen Jubelfeier abgesehen, um nicht die verhassteste Deutschen Universitäten einladen zu müssen. Die Regierung hat auf Anregung der Linken 500,000 Kronen aus der Staatskasse zu dem Zwecke bewilligt, um damit bedürftigen Gemeinden zur Verwirklichung arbeitsloser Leute Darlehen zu gewähren. Diese Maßregel hat offenbar einen sozialistischen Beigeschmack, sie bedeutet im Grunde nichts als staatliche Unterstützung, und muß in ihrer letzten Konsequenz unfehlbar zu den berüchtigten Blancschen Arbeiterwerkstätten führen.

Aus Rußland kommen sehr beunruhigende Nachrichten. In Kiew hat die Polizei eine geheime nihilistenversammlung aufgehoben, wobei blutige Tumulte stattfanden. In Petersburg geht das Gerücht, daß zwischen dem Czaren und dem Thronfolger sehr erhebliche Differenzen ausgebrochen seien, in Folge dessen der letztere Hausarrest bekommen habe. Die Pest soll so gut wie verschwunden sein; so melden die neuesten Nachrichten aus Russland; leider ist auf keinen Glaubwürdigkeit nach dem Vorkommnisse mit dem Hausknecht Prokowieff nicht viel zu geben.

Bei den türkisch-griechischen Grenzregulirungsverhandlungen wurde bis jetzt noch keine Einigung erzielt. Die Türken wollen nur einen ganz geringen Landstrich von Epirus und Thessalien abtreten; und zwar soll sich derselbe mit Ausschluß der Gölfe von Volo und Arta links vom Nezerosee über Pharsala bis einschließlich Trifala und von dort den Pindus überschreitend bis Piro erstrecken. Die Griechen sind von diesem An-

erbieten so wenig befriedigt, daß sie der Pforte, falls sie keine besseren Bedingungen gewähre, mit der Anrufung der Signatarmächte des Berliner Friedens gedroht haben.

In Neapel ist der Attentäter Passanante von dem Schwurgerichte nach zweitägigen Verhandlungen zum Tode verurtheilt worden. Die Strafe wird voraussichtlich nicht vollstreckt werden; der König hat sich kurz nach dem Urtheile dahin ausgesprochen, daß er in diesem Falle von seinem Begnadigungsrechte Gebrauch machen würde.

Politische Uebersicht.

r. Memel, den 10. März.

Es ist gekommen, wie wir es vorausgesagt, es ist gekommen, wie es der Natur der Sache nach kommen mußte — der Reichstag hat am Freitag die Debatten über das Disciplinargewalts-Gesetz in demselben Style fortgesetzt, in dem sie am Dienstag und Mittwoch geführt wurden. „General-Discussion“ hieß es früher, „zweite Lesung“ hieß es nun, Name aber ist leerer Schall und die Sache ist dieselbe. Dem todgeborenen Gesetz-Entwurfe wurde eine imposante dreitägige Leichenfeier veranstaltet und die größten Redner der Deutschen Volksvertretung hielten lange Nestrologe an seinem Sarge. Die Opposition ging mit Schild und Speer und grimmiger Geberde einem Todten zu Leibe, die Regierung sprang mit ihren Verbänden, Mixturen und Latwergen ebenfalls einem Todten bei, Anarisse und Rettungsversuche waren gleich

es sich doch nicht bloß um die praktische Erledigung der Vorlagen, sondern um das Urtheil der öffentlichen Meinung. Das Volk ist in constitutionellen Staate die Appellinstanz, das höchste Tribunal in allen Streitfragen zwischen Parlament und Regierung. So wenig es nun wahrscheinlich war, daß die Regierung der Ablehnung des Disciplinar-Gesetzes wegen den Reichstag auflösen wird, durfte doch die Möglichkeit einer solchen Eventualität nicht außer Acht gelassen werden. Ist die Appellation an das Volk aber erst geschehen, dann ist es für die Playdoyers zu spät, dann können sie nicht mehr mit gleicher Wirksamkeit, mit gleicher Publicität gehalten werden. Aber auch wenn eine specielle Appellation in diesem einen Falle seitens der Regierung nicht unternommen werden sollte, so ist doch ein Collectivrecurs an die Wählerschaft bei anderer Gelegenheit möglich. Der Reichstag könnte zum Beispiel bei Gelegenheit der wirtschaftlichen Debatten aufgelöst werden und dann würde die Regierung natürlich nicht versäumen, den Reichstag auch wegen der Ablehnung des Strafgewaltsgesetzes bei den Wählern zu verklagen. So mußte denn die Prozeß-Verhandlung auf's Gründlichste geführt werden, es durfte in der Bevölkerung's keine Unklarheit bleiben über die Ursachen, über die Anschauungen, welche die Reichstagsmehrheit zu ihrem Verhalten bestimmt haben.

Während der Deutsche Reichstag alle Hände voll zu thun hat, um das Entstehen abstruktivistischer, reaktionärer Tendenzen abzuwehren, gewinnt im Französischen Parlament der Radikalismus in bedenklicher Weise die Oberhand. Seitdem Gambetta Präsident der Deputirtenkammer ist und also die Führerschaft über die republikanische Partei formell und faktisch nicht mehr in Händen hat, dringt der Radikalismus gewaltsam zu den Thüren der Deputirtenkammer herein und gefährdet die Ruhe und Sicherheit in Frankreich außerordentlich. Ein neuer Mann legt die Hand auf die Erbschaft Gambetta's, ein Radikaler aus der Schule der ersten Gambettischen Revolution. Clemenceau, ein eiserner Charakter, ein Mann persönlich unantastbar, populär in Paris, ruhig, fest, rücksichtslos und von eiserner Konsequenz, gewinnt zusehends an Einfluß, mit ihm der radikalste Flügel der republikanischen Partei. Gelingt es diesen Elementen das gemäßigte Ministerium Waddington zu stürzen, dann wendet sich die Sympathie und das Vertrauen Europas von der Französischen Republik ab, dann wenden sich die gemäßigten Elemente im Lande schreckenerfüllt von der Republik ab, dann erneuert sich der Kampf der Parteien um die höchste Gewalt im Lande, dann sind die Parteien um die höchste Gewalt im Lande, dann sind die Parteien um die höchsten politischen Arbeit vieler Jahre vernichtet, dem Chaos preisgegeben, und wer weiß, wie tief Frankreich auf dieser schiefen Ebene hinabrollen wird.

Seit einiger Zeit ist viel von einem Familienzwiste gesprochen worden, der am Russischen Kaiserhofe wegen politischer Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen wäre. Dem Kaiser Lloyd wird hierüber aus Petersburg vom 6. d. M. berichtet: Am 3. d., als am Jahrestage der Thronbesteigung Czar Alexander's, fand am Hofe, gleich nach dem feierlichen Gottesdienste in der Isaiener Kathedrale, großer Empfang statt. Als die ersten Gratulanten erschienen die Großfürsten, deren Sprecher der Thronfolger war. Dieser trat aus dem Halbkreise hervor, beglückwünschte den Czar im Namen der Mitglieder des Kaiserlichen Hauses und fügte feierlich ernstlichen Tones hinzu: „Wir wünschen sehnlichst und hoffen zusehentlich, daß der Herrscher abermals einen jener großen und weisen Entschlüsse fassen werde, deren Se. Majestät schon so viele zum Heile Rußlands gefaßt hat.“ Darauf antwortete der Kaiser mit starker Betonung Folgendes: „Ich danke herzlich für die ausgedrückten Wünsche. Mein Bestreben war und ist, daß dereinst Mein Nachfolger auf dem Throne das Reich auf der Höhe seiner inneren und äußeren Mission finde. Große Aufgaben treten an uns heran, einige von diesen müssen Ungeäußert der Erledigung zugeführt werden. So die Reducirung des Ausgaben-Budgets, die Regelung der Valuta, die Heilung der gewaltigen Schäden in der Armee und Verwaltung, wie sie die Erfahrung der letzten Jahre zu Tage förderte, und die gründliche Beseitigung der sanitären Mißstände. Andere Aufgaben dagegen können erst dann in Angriff genommen werden, wenn die Leidenschaften befänstigt sein werden. Sollte es Mir nicht vergönnt sein, diesen Moment zu erleben, wird mein Nachfolger die hohe Mission übernehmen und mit frischen Kräften dieselbe vollziehen.“ Unter lautloser Stille entfernten sich die Großfürsten, um den im Hintergrunde stehenden Ministern Platz zu machen, in deren Namen Fürst Gortschakow dem Czar gratulirte.

Die Depesche aus Madrid, welche die Bildung des neuen Ministeriums meldet, ist insofern eine Ueberraschung, als die früheren Nachrichten darin übereinstimmen, daß General Martinez Campos es ablehne, an die Spitze des Cabinets zu treten. Man machte sich in Spanien und auch in Paris Hoffnungen auf ein liberales Ministerium unter Sagasta. Von Liberalismus ist indeß in dem neuen Cabinet nichts zu spüren. Martinez Campos, der sich wohl nur absichtlich den Anschein gab als geize er nicht nach einem Porteseuille, hat richtig, den Vorsitz des Ministeriums übernommen und sich mit Kollegen umgeben, die Alles eher als Liberale sind. Angesichts der neuernannten Minister bedeutet der Rücktritt des Herrn Canovas del Castillo auch einen Rückschritt. Der neue Marineminister ist wohl derselbe General Pavia, der am 3. Januar 1874 den Staatsstreich Serrano's ausführte, indem er mit bewaffneter Macht in den Sitzungssaal der Cortes eindrang und die Abgeordneten auseinanderjagte. Der Mann giebt dem neuen Cabinet die Signatur.

Auch Holland hat seine Ministerkrise. Der Rücktritt des Premierministers Kappeyne von Kapellen steht bevor, weil die zwei wichtigsten Vorlagen der Regierung in der Kammer auf unbefiegbaren Widerstand stoßen. Es sind dies der von den herrschenden Mynheers mit begreiflicher Abneigung aufgenommene Entwurf einer Capitalsteuer und der der Militärreform. Mynther thut seinen Beutel nur dann auf, wenn er weiß, daß sich für ihn zehn- und zwanzigfach lohnt und kann sich es bis jetzt ebensovienig überzeugen, daß Holland so sehr in Noth sei, um seine Söhne in die Uniform zu stecken. Der Reformminister wird abtreten und damit ist die Sache vorläufig abgethan.

Die Nachricht vom Tode Schir Ali's kann nicht länger bezweifelt werden, da General Kauffmann die Vollmachten der Afghaniischen Gesandtschaft für erloschen erklärte und die Gesandtschaft, wie der Correspondent des Newyork Herald vom 7. d. M. aus Taschkend meldet, bereits die Rückreise nach Kabul, wo sich Jakob Khan befindet, angetreten hat. Der Russische Arzt, welcher den Emir behandelte, glaubt, derselbe sei eines natürlichen Todes gestorben.

Deutsches Reich.

Berlin, 8. März. Der Reichstag begann heute in seiner 16. Plenarsitzung die zweite Berathung des Etats. Der Etat des Reichskanzlers wird genehmigt, ebenso der Etat des Reichskanzleramts nach kurzer Debatte. Bei Kapitel 2 (Allgemeine Fonds) Titel 10 (Kosten der Maßregeln gegen die Kinderpest) fragt Richter (Meißen) ob die Regierung ein Seuchengesetz vorzulegen beabsichtige. Minister Hofmann bejaht dies unter dem Beifall der Rechten. Abgeordneter Bethmann-Hollweg macht verschiedene Vorschläge zur Verschärfung der Gesetzesvorschriften in dieser Beziehung. Fürst Bismarck verspricht Berücksichtigung dieser Vorschläge und spricht sich sodann tadelnd über die geringen Strafen gegen Uebertretung der betreffenden Gesetze aus; die Herren schienen bei Berathung derselben Angst gehabt zu haben, den Verbrechern Unrecht zu thun. An diese letzte Bemerkung anknüpfend, konstatiert Abg. Lasker, daß der Reichskanzler selbst bei einem derartigen Gegenstande nicht unterlassen könne, persönlich zu werden und die Grenzen der Diskussion zu überschreiten. Fürst Bismarck erwidert, daß er Niemand genannt und Niemand gekränkt habe; wenn Herr Lasker sich gekränkt fühle, könne er nichts dafür. Seine (Redners) Bemerkungen seien rein sachlicher

Natur gewesen und er begreife die zornige Strafrede des Abg. Lasker nicht. Er habe weiter nichts gewollt, als die zu milden Strafen kennzeichnen. Nach einer Replik des Abg. Lasker und einer nochmaligen Erwidrerung des Fürsten Bismarck bemerkt Abg. Saro (Deutschkonservativ), daß nach seiner Erfahrung die Strafen in der That milde seien; man müsse die Verbrecher abschrecken; die Richter urtheilten oft nicht objectiv genug. Nach kurzer weiterer Discussion wird Kap. 2 genehmigt. Bei Kap. 3, Tit. 2 (Kommissar für das Auswanderungswesen) bittet Abg. Lings, daß die Statistik über diese Angelegenheit sorgfältiger werde; man müsse die Ursachen der Auswanderung kennen. Fürst Bismarck weist darauf hin, daß aus landwirthschaftlichen dünnbevölkerten Gegenden die Auswanderung stärker sei, als aus industriellen überbevölkerten Gegenden. Das liege an der Steuergesetzgebung, die die Landwirthschaft drücke, und daran, daß der industrielle Arbeiter immer weiter stiege und sogar Fabrikbesitzer werden könne. Der landliche Arbeiter werde aber schwer Eigenthümer. Diese Frage werde noch bei der Zollberathung geprüft werden müssen. — Nach kurzen Diskussionen werden auch Kap. 3 (Reichskommissariate), 4 (Heimathswesen) 5 (Disziplinärbehörden) 5a (Untersuchung von Seeunfällen), 6 (statistisches Amt), 7 (Normalausgleichskommission), 8 (Reichsgesundheitsamt), 9 (Patentamt) genehmigt, sodann auch der ganze Etat des auswärtigen Amtes nach längerer Debatte. Dienstag 11 Uhr: Interpellation Winterer, Etat.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Berlin 8. März. Se. Majestät der Kaiser und Königin sind gestern Abend, als Allerhöchstdieselben mit Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin in den oberen Sälen des Palais auf- und abgingen, auf dem glatten Parquet ausgeglitten, mit der rechten Körperseite auf den Boden gefallen und haben sich eine Quetschung der rechten Hüfte und der rechten Brustseite zugezogen. Der rechte Arm hat keinen Schaden erlitten. Das Allgemeinbefinden ist ungestört. Die Schmerzen an den gequetschten Stellen sind heute geringer als gestern in den späten Abendstunden. Se. Majestät haben heute Vormittag die täglichen Vorträge entgegengenommen und empfangen Se. Königliche Hoheit den Prinzen Carl.

Berlin, 8. März. Seitdem das kriegsgerichtliche Urtheil in der Affaire „Großer Kurfürst“ der Bestätigung von Seiten Sr. Majestät des Kaisers harret, sind in der Presse vielfach Vermuthungen darüber angestellt, in wie weit das Kriegsgericht die Schuld Einzelner zu eruiiren vermöchte und ob es überhaupt zu einem verurtheilenden Spruch gekommen ist. Es kann hierbei allerdings nur von Vermuthungen die Rede sein, und Alles, was darüber in mehr oder minder bestimmter Form gesagt worden ist, trägt von vornherein nur den Charakter von Combinationen. Die „Kieler Zeitung“ hat mit der Emission des Admirals Weser ihren Ruf als bestinformirtes Organ in Marinefachen verloren, und was seitdem in ihren Spalten zu lesen ist, gewinnt nur darum den Schein höheren Werthes, weil das Blatt in einer Kriegshafenstadt erscheint. Der Herr Marineminister liebt bekanntlich nicht das „Literarisiren“ seiner ihm dienlich Unterstellten, und der Wunsch ihres strengen Meisters ist den Herrn von der Kaiserlichen Marine Befehl. Man kann sicher annehmen, daß auch in den Vermuthungen, welche jetzt von der „Weser-Ztg.“ über das Resultat des Kriegsgerichts angestellt werden, sich durchaus nicht das literarische Erzeugniß eines Eingeweihten verbirgt. Die Annahme, daß der Commandant des Panzers „Großer Kurfürst“ ein sehr mildes Urtheil Seitens des Kriegsgerichts erfahren habe aus dem Grunde, weil das Schiff im Momente des Zusammenstoßes im instructionsmäßigen Zustande gewesen, klingt sehr unwahrscheinlich. Es ist eine nicht mehr todzuschweigende Thatsache, daß der „Große Kurfürst“ gerade darum so rapide kenterte, weil er in einer durchaus instructionswidrigen Verfassung war. Daß in letzter Linie die Schuld von dieser unbegreiflichen Thatsache immerhin den Commandanten nicht zu treffen braucht, ist ja möglich und darum auch ein freisprechendes Urtheil nicht ausgeschlossen. Doch ist es wenig glaublich; von einer direkten Verantwortlichkeit des Commandanten bei instructionswidrigem Zustande des Schiffes kann und darf nicht Abstand genommen werden. Nach den weiteren Vermuthungen, welche in der Presse circuliren, wurde als der eigentliche Sündenbock der commandogebende Offizier des „König Wilhelm“ anzusehen sein. Dieser Offizier hat neben seiner „Kopflosgigkeit“ auch noch das Unglück gehabt, sein Schiff in einer Fahrordnung kommandiren zu müssen, in welcher eine Collision auch ohne Kopflosgigkeit bei jeder nothwendig werdenden Curve wahrscheinlich war, wenn auch nicht eine so vertikale. Es klingt deswegen auch nicht wahrscheinlich, wenn ohne Weiteres von einem freisprechenden Urtheil über den Geschwaderführer, Contreadmiral Batsch, die Rede ist. Man müßte in diesem Falle annehmen, daß der Geschwaderchef von der gefahrvollen Unzweckmäßigkeit der beliebten Fahrordnung nicht unterrichtet sein konnte. Das Kriegsgericht wird eine eminent schwierige Aufgabe zu lösen gehabt haben. Bei dem Unglück von Volkstone haben sich so viele Unzuträglichkeiten auf einandergehäuft, daß die Untersuchungen über die Schuld Einzelner sich wohl schwerlich allein auf diejenigen erschrecken haben werden, welche direkt bei der Affaire theilhaftig waren. Darauf deutet die Vermuthung einer Freisprechung des Commandanten. Es ist anzunehmen, daß für den durchaus constructionswidrigen Zustand des Schiffes auch noch Andere verantwortlich gemacht worden sind, welche garnicht bei dem Unglück zugegen gewesen sind, dennoch aber beim

Ablauf des Schiffes für seine seetüchtige Verfassung bürgen müssen.

In den Deutschen Münzstätten sind bis zum 22. Februar 1879 geprägt worden, an Goldmünzen: 1,251,852,420 Mk. Doppelkronen, 405,040,760 Mk. Kronen; 27,969,145 Mk. halbe Kronen, hiervon auf Privatrechnung: 365,544,120 Mk.; Vorher waren geprägt: 1,250,705,640 Mk. Doppelkronen, 405,007,350 Mk. Kronen, 27,969,925 Mk. halbe Kronen, hiervon auf Privatrechnung 364,129,150 Mk., Summa 1,684,862,365 Mk.

Rußland.

Petersburg, 9. März. General Graf Loris-Melikoff telegraphirt aus Astrachan vom 7. d.: In einer gestern in Wetjanka stattgefundenen gemeinsamen Sitzung der ausländischen Aerzte und des Prof. Eichwald wurde ein schriftliches Protokoll aufgenommen, in welchem die Doktoren Girsch, Wesiadekky, Kabiadis, Petresko und Prof. Eichwald konstataren, daß die von Mitte Oktober v. J. bis Ende Januar d. J. im Gouvernement Astrachan beobachtete Seuche eine Pestepidemie war, welche den Charakter der sogenannten levantinischen Bubonepest trug. Ueber den Modus der Einschleppung der Seuche glauben sich die gedachten Aerzte der Beschlußfassung bis dahin enthalten zu sollen, bis die weiter anzustellenden Untersuchungen genauere Daten ergeben haben werden. Die Epidemie sei indeß als erloschen zu betrachten, da seit dem 9. Februar weder ein einziger weiterer Erkrankungs- noch Todesfall vorgekommen sei. Jedoch könne eine Garantie dafür nicht übernommen werden, daß die Seuche in den früher heimgesuchten Orten, namentlich in Wetjanka eventuell nicht wieder aufträte. Die Aerzte rathen schließlich folgende von Prof. Eichwald vorgeschlagene Maßregeln an: 1) Längere ärztliche Aufsicht in den verdächtigen Ortschaften; 2) Aufrechthaltung der bestehenden Absperzung jedes infizirt gewesenen Dorfes bis zum Ablauf der gesetzlichen Frist von 6 Wochen; 3) Aufrechthaltung der allgemeinen Absperzung der gesammten infizirt gewesenen Ortschaften mit 10tägiger Quarantäne. Dagegen erachten die Aerzte die Aufrechthaltung des um das Astrachanische Gouvernement bestehenden Cordons für unnöthig. — Vom 8. d. M. telegraphirt General Loris-Melikoff aus Astrachan: Es sind keine Epidemiekranken vorhanden; die Quarantäne der Dörfer Wisowka und Batajewka ist aufgehoben worden, und verringert sich dem entsprechend die Absperzungslinie. Gleichzeitig sind die Beschützungslinien rund um das Astrachanische Gouvernement herum, sowie die Quarantäneeinrichtungen zu Sarepta, Achtuba und Elton aufgehoben worden.

Telegraphische Nachrichten.

Petersburg, 8. März. Man ist gegenwärtig an höchster Stelle damit beschäftigt, für die Kaiserin, deren Gesundheitsheit einen solchen Aufenthalt wünschenswerth macht, Reisepläne nach der Krim festzustellen. Die Kaiserin dürfte in etwa 4 Wochen, Ende März a. St., abreisen. Se. Majestät der Kaiser will seine Gemahlin begleiten, um nach 6—8 Wochen wieder zurückzukehren. In diesen wahrscheinlichen Reiseedispositionen sieht man einen Beleg für die ruhige Auffassung der höchsten Kreise gegenüber den alarmirenden Gerüchten.

Berlles, 8. März. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer verlas der Deputirte Briffon den Bericht der Commission für die Untersuchung der Akte der Regierung vom 16. Mai 1877. Der Bericht schließt mit dem Antrage, die Mitglieder der Regierung vom 16. Mai 1877 in den Anklagestand vor dem Senat zu versetzen und 3 Mitglieder aus der Kammer zur Vertretung der Anklage zu wählen. Dem Verlangen der Regierung entsprechend wurde die Berathung des Berichts für nächsten Donnerstag festgesetzt.

Paris, 8. März. Der heute in Versailles vom Deputirten Briffon verlesene Bericht der Commission für die Untersuchung der Handlungen des Ministeriums vom 16. Mai 1877 wurde von der Kammer im Ganzen kühl aufgenommen, die Rechte verhielt sich vollständig theilnahmslos. Die Blätter ziehen daraus den Schluß, daß die Majorität der Commission die Minorität der Kammer repräsentire und daß dieselbe am nächsten Donnerstag mit ihrem Antrag ebenso unterliegen werde, wie sie bei der Abstimmung über die Amnestievorlage geschlagen worden sei.

Die Commission für Prüfung der Vorlage betreffend die Zurückverlegung des Sitzes der Kammern nach Paris hatte den Konseilpräsidenten Waddington zu ihrer heutigen Sitzung eingeladen. Waddington erklärte, er werde der Vorlage nicht entgegen sein, wenn eine Ermächtigung durch den Kongreß erfolgen sollte; gleichwohl müsse er beantragen, daß die Frage bis dahin vertagt werde, wo die Frage wegen des Prozesses gegen die Minister vom 16. Mai eine Lösung erfahren habe. Das linke Centrum hat beschlossen, die Zurückverlegung der Kammern nach Paris nicht zu unterstützen, weil es diese Frage als inopportun betrachte. Ferner beschloß das linke Centrum, daß sich keines seiner Mitglieder als Mitglied in einer anderen parlamentarischen Gruppe einschreiben lassen dürfe.

London, 8. März. Das hiesige Polytechnikum ist niedergebrannt.

Wie der „Times“ aus Konstantinopel gemeldet wird, hätte die Pforte in Welenik, Gevrefop und Gurmudjina drei Brigaden zusammengezogen, um Macedonien gegen einen Einfall der Bulgaren zu sichern.

Beilage zu No. 59. des Memeler Dampfboots. „Memeler- und Grenz-Zeitung.“

Dienstag, den 11. März 1879.

** Deutscher Reichstag.

17. Plenarsitzung. Sonnabend, 8. März.

Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 35 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen. Am Bundesrathstisch sieht man den Reichskanzler, der vor der Sitzung im rührigen Gespräch mit Herrn v. Forckenbeck begriffen war. — An Gesetzentwürfen sind eingegangen eine internationale Convention betreffend die Abwehr gegen die Reblaus und ein Entwurf, betreffend den Schutz nützlicher Vögel. Der einzige Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Verathung des Etats.

Kap. 1 der Ausgaben (Reichskanzler und die Reichskanzlei) wird genehmigt.

Bei Kap. 1a, Titel 1 (Präsident des Reichskanzleramts) will Abg. v. Ludwig sich über die allgemeine Thätigkeit des Reichskanzlers verbreiten, wird jedoch vom Präsidenten zur Sache verwiesen, da der Reichstag seiner bisherigen Gewohnheit nach bei der zweiten Verathung des Etats nur eine Spezialdiskussion dulde. Abg. v. Ludwig verzichtet demgemäß aufs Wort. Bei Titel 2 (sieben vortragende Räte) tadelt Abg. Hänel, daß jetzt ein Rath angelegt sei als im vorigen Jahr. Die neue Organisation des Reichskanzleramts rechtfertige diese Vermehrung nicht.

Minister Hofmann erwidert, daß die in Aussicht genommene Stelle in keiner Beziehung zur Personalunion stehe, sondern lediglich mit Rücksicht auf die Geschäftslast des Reichskanzleramts nötig sei.

Titel 2—10 werden bewilligt; sowie Kapitel 2, Titel 1—9 (Ausgaben zur gemeinnützigen Zwecken).

Bei Titel 10 (Kosten der Maßregeln gegen die Rinderpest, 50,000 Mk.) betont Abg. Richter (Meißen) die Nothwendigkeit der Absperrung nach Rußland zu; die Regierung möge ja nicht zögern, die Zahl der Gensdarmen und Militärkordons zur Sperrung der Grenze zu vermehren. Er frage, ob ein Viehseuchengesetz dem Reichstag werde vorgelegt werden.

Minister Hofmann erklärt, daß ein Entwurf eines Seuchengesetzes bereits existire und hoffentlich noch in dieser Session dem Reichstage zugehen werde. (Beifall rechts.)

Abg. v. Bethmann-Hollweg bittet ebenfalls recht energische Maßregeln zur Verhütung nochmaliger Einschleppung der Rinderpest zu ergreifen. Es empfehle sich Verschärfung der Bestimmungen über die Anzeigepflicht. Reichskanzler Fürst Bismarck vertritt die ungerechten Punkte bei Revision der betreffenden Bestimmungen zu berücksichtigen. Auch sollen bei Feststellung des Entwurfs Landwirthe aus den Kreisen, die kürzlich von der Seuche heimgeschickt waren, gutachtlich vernommen werden. Es scheine ihm als ob die Grenzen gegen die Einschleppung der Seuche nicht hinreichend geschützt sind. Er bitte aber, nicht das Reich dafür verantwortlich zu machen. Dasselbe habe keine eigenen Beamten in dieser Beziehung. Er könne sich die vielen Zuwiderhandlungen gegen die bestehenden Bestimmungen nur dadurch erklären, daß die Strafen zu gering sind. Manche der Herren haben ja immer Angst den Verbrechern könnte zu viel geschahen (Unruhe). Die Strafbestimmungen sind unterschieden vielfach zu milde und wenn sich die bisherigen bösen Erfahrungen wiederholen, so hoffe ich, daß die Mehrheit den Vorschlägen der Regierung ein geneigteres Ohr leihen wird. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Lasker: Es lag nicht der geringste Anlaß vor, einzelnen Mitgliedern den Vorwurf zu machen, daß sie die Verbrecher in Schutz nehmen. Ich konstatiere hiermit auf frischer That, wie der Herr Reichskanzler selbst bei einem solchen Gegenstande über Thatsachen verhandelt. (Oho! rechts). Die Sache ist eine juristische Streitfrage und wir haben damals nur das Minimum der Strafe heruntersetzt. Ich weise die Angriffe zurück, die der Herr Reichskanzler für gut befunden hat zu machen. (Bravo! rechts.)

Fürst Bismarck: Ich habe mich vollständig innerhalb der sachlichen Debatte bewegt und Niemanden genannt, am wenigsten Herrn Lasker. Wenn er sich selber zu denen rechnet, die den Verbrecher gegen Ungerechtigkeiten mehr in Schutz nehmen, als den ehrlichen Mann gegen den Verbrecher, kann ich nichts dafür (Heiterkeit). Seine Art beherrschender Verweise ist jedenfalls himmelweit verschieden von einer sachlichen Kritik der Lage unserer Gesetzgebung (Sehr wahr! rechts). Ich habe ihn jetzt auf frischer That ertappt (Heiterkeit), daß er auf sachliche Bemerkungen mit zornigen Strafreden persönliche Natur antwortet. Bei Verathung des jetzigen Gesetzes hat Herr Lasker allerdings, wie ich mich jetzt entsinne, für Herabsetzung des Minimums der Strafe gesprochen und eine solche Heruntersetzung ist zugleich eine Verminderung der Strafe selbst.

Abg. Dr. Lasker: Ich habe immer geglaubt, daß der Herr Reichskanzler der große Meister des Worts, auch ein Urtheil habe auf die psychologische Wirkung seiner Worte. Das ganze Haus ist theilhaftig an dem Vorwurf, den der Reichskanzler gemacht (Auf rechts! Heiterkeit). Es ist das geradezu eine mächtige Agitation gegen das Ansehen des Reichstages im Lande

(Oh! Oh! rechts). Das Minimum der Strafe herabsetzen, heißt nicht die Strafe herabsetzen. Es wäre der Sache nützlicher gewesen, wenn der Herr Reichskanzler die Diskussion in ihren Grenzen gehalten hätte.

Fürst Bismarck: Erst von dem Augenblick an, wo Herr Lasker das Wort ergriff, hat die Diskussion ihre Grenzen verlassen. Er hängt sich an meinen Ausdruck, daß das Haus für zu milde Strafen gestimmt habe. Ich habe meinen Ausdruck so gehalten, daß es auch im Publikum bekannt sein wird, daß die Strafbestimmungen hier zu milde sind. Ich habe niemanden persönlich gekränkt, niemanden persönlich genannt. Ich weiß sehr gut, wonach ich strebe; ich weiß auch, es wird seine Wirkung üben. (Beifall rechts!)

Abg. Dr. Zinn führt aus, daß Uebertretungen stets vorkommen werden, die Leute kennen nur einen Paragrafen der Gesetze und der ist: Laß dich nicht erwischen! Er bitte den Herrn Reichskanzler, den Preussischen Ministerpräsidenten zu ersuchen, jene gerügten Uebelstände möglichst zu beseitigen.

Fürst Bismarck: Ich erkläre im Namen des Preuss. Ministerpräsidenten, daß Versuche zur Abhilfe gemacht worden sind. Aber der Preuss. Ministerpräsident hat keine Befugnisse den selbstständigen Einzelressorts gegenüber, was von ihm geschehen kann, ist geschehen und ich glaube mit Erfolg.

Abg. Saro (Deutschkonserbativ): Daß die Strafen in dieser Beziehung nicht genügend seien, wisse er aus Erfahrung. Viele Richter seien der Meinung, daß für die meisten Fälle das Minimum der Strafe für das Urtheil maßgebend sei; er müsse also Herrn Lasker widersprechen. Wenn die Strafe zu groß ist, ist die Königl. Gnade das richtige Korrektiv. Die Russische Behörden thun nicht immer das, was sie sollen. Bei der Schwere des Unglücks, das über das Land durch Einschleppung der Rinderpest gebracht werden kann, muß eine Strafe festgesetzt werden, die absolut abschreckt. Ich will dem Richter keinen Vorwurf machen, aber ich meine, in manchen Fällen handelt er nicht objektiv. (Bravo rechts.)

Als jetzt Abg. Richter (Hagen) das Wort erhält, verläßt der Reichskanzler den Saal. Abg. Richter wundert sich über die Vorwürfe des Vorredners gegen die Richter; das sei noch in keinem Parlament geschehen (Oho rechts). Wenn man so über Richter spricht, ist das sicher nicht geeignet, das Ansehen derselben zu erhöhen. Der Herr Reichskanzler verweist die Vorwürfe auf die Abschreckung finde nur bei der Todesstrafe statt.

Abg. Saro: Ich bin weit entfernt davon, die Richter zu verlegen; ich meine nur, ein Richter ist auch nur ein gewöhnlicher Mensch, wenn ihn Herr Lasker sich auch vielleicht idealer vorstellt. Herr Lasker sieht den thatsächlichen Verhältnissen jedenfalls ferner als ein gewöhnlicher Mensch. (Beifall rechts.)

Titel 10 bis 12 werden bewilligt. — Bei Kapitel 3 (Reichskommissariate) Titel 1 (Kommissar für Ueberwachung des Auswanderungswesens) wünscht

Abg. Lingens (Centrum), daß eine bessere Auskunft über Auswanderungswesen gegeben werde. Es müßten die Gründe klar gelegt werden, welche die Auswanderung veranlassen und die Gegenden bezeichnet werden, aus denen die Wanderer kommen. Vielleicht würde es dann möglich sein, die tiefen Wunden des Landes in religiöser und sozialer Beziehung zu heilen und die stark um sich greifende Auswanderungslust zu vermindern.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Ich halte den Wunsch des Vorredners für berechtigt und werde für seine Erfüllung thun, was möglich ist. Wenn er zugleich die Gründe berührt hat, die einen Deutschen bewegen könnten, sein Vaterland zu verlassen, so weise ich auf den merkwürdigen Umstand hin, daß die meisten Auswanderer aus den am geringsten bevölkerten Gegenden kommen und, daß überbevölkerte Gegenden zur Auswanderung nur ein sehr dürftiges Contingent stellen. Die meisten Auswanderer kommen aus Mecklenburg, Pommern Westpreußen, Posen, aus Gegenden deren Bevölkerungszahl kaum 2000 Seelen pro Quadratmeile übersteigt, in den mir bekannten Landstrichen meiner Bazariner Heimath beträgt sie kaum 1200 Seelen. Mit den Ursachen dieser Erscheinung werden wir uns vielleicht eingehender beschäftigen, wenn die Tariffragen vorkommen und wir die Theilung der Lasten zwischen der Landwirtschaft und den übrigen Theilen der Bevölkerung prüfen. Dann werde ich Ihnen Antwort geben über diese Sachen und Ihnen angeben, warum die Bewohner landwirtschaftlicher Gegenden im höheren Maße auswandern, als die der überbevölkerten Fabrikgegenden. Ich werde zu dem Schluß kommen, daß die Landwirtschaft einerseits erschwert worden ist durch unsere gegenwärtige Abgaben- und Steuerfassung (Sehr richtig! rechts), und daß es ein Segen sein würde, wenn eine entwickeltere Industrie sie zugleich unterstützte. In den vorwiegend industriellen Gegenden ist dem Arbeiter die Karriere nicht verschlossen. Er trägt wie der Französische Soldat den Marschallsstab bei sich, und er kann wie Krupp und Heckmann auch ein Marschall der Industrie werden. Er kann zu höheren Wochenlöhnen gelangen, leitender Beamter, Assozie, ja

sogar der Herr einer Fabrik werden. Hier verläßt wenigstens die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht den Menschen; der ländliche Arbeiter findet jedoch, wenn er in dem Alter ist zu heirathen und über seine Zukunft nachdenkt, daß die Klust zwischen ihm und der nächsten Stufe, zu der er aufsteigen könnte eine für ihn unübersteigliche ist und mindestens ein, zwei Generationen vergehen, bis einer seiner Nachkommen ein kleiner Eigenthümer wird. Eine bessere Regelung der Erbpacht wird da vielleicht helfen. Wenn es der Gesetzgebung gelingen sollte, beides mit einander zu vereinen, würde der Herr Vorredner nicht mehr über die hohen Biffen der Auswanderung klagen. In den letzten Jahren hat sich die Auswanderung allerdings vermindert, kann sich aber wieder leicht vermehren. Ich verspreche, daß die gewünschten statistischen Nachrichten nachgeliefert werden und daß ich auf diese Frage zurückkommen werde bei Verathung der wirtschaftlichen Frage. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (Hagen) erhält das Wort; wiederum verläßt der Reichskanzler sofort den Saal unter der Heiterkeit des ganzen Hauses. Abg. Richter führt aus, daß eine Heilung der Schäden nicht künstlich durch eine Ausbildung des Schulzollsystems erreicht werden könne. Eine Folge der Pläne des Reichskanzlers würde eine Vermehrung der Auswanderung zur Folge haben.

Bei Titel 8 (Reichschulden-Commission) zeigt Abg. Dr. Lucius die Frage zur Vertheilung zum einjährigen Dienst an. Bis jetzt würden 2 fremde Sprachen für diese Berechtigung verlangt; er glaube aber es sei genügend, wenn man eine Sprache gründlich kenne. Es würden dann die technischen und gewerblichen Mittelschulen und die Realschulen II. Ordnung die Berechtigung erhalten können und die höheren Schulen bedeutend entlasten. Er frage, ob die Regierung bei der bevorstehenden Revision dieser Angelegenheit das Berechtigungsverfahren dahin regeln werde, daß nur die Kenntniß einer fremden Sprache zur Berechtigung genüge.

Bundeskommissar Geh. Rath Starke bedauert, sich dahin aussprechen zu müssen, daß eine derartige Regelung nach eingehender Prüfung nicht in Aussicht genommen sei.

Nachdem Abg. Reichensperger (Cresfeld) sich ähnlich wie Abg. Dr. Lucius ausgesprochen, wird Kap. 3, 4 (Bundesamt für das Heimathswesen) 5 (Entscheidende Disziplinarbehörden) 6a Behörden für die Untersuchung von Seeunfällen) genehmigt. Bei Kap. 6 (Statistisches Amt) tadelt Abg. Richter (Hagen) die Mangeltamentlich lückenhaft sei sie bei den Differentialtarifen. Redner wünscht eine größere Zugänglichkeit und Verbreitung der Berichte.

Minister Hofmann giebt zu, daß die Statistik noch größere Aufgaben habe, als gegenwärtig, bezweifelt aber, daß es ihre Aufgabe sei, ihre Resultate populär zu machen. Das sei Sache der Politik und der Wissenschaft.

Nach einer kurzen Erwiderung des Abg. Richter (Hagen) wird Kap. 6 ebenso Kap. 7 (Normal-Eichungs-Commission) genehmigt. Bei Kap. 8 (Reichsgesundheits-

amt) fragt Abg. Dr. Günther (Nürnberg) ob man beabsichtige die Prüfung der Ohrenärzte unter die Kompetenz des Gesundheitsamtes zu stellen und ob man Untersuchungen über den Daltonismus (Farbenblindheit) anstellen werde.

Bundeskommissar Geh.-Rath Finkelburg erklärt, daß in Bezug auf das Signalwesen bereits Unterhandlungen mit Eisenbahnverwaltungen und mit der Marineverwaltung sich in der Schwebe befinden und daß dieselben unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch nicht zum Abschluß hätten gebracht werden können. Das Reichsgesundheitsamt werde dem Gegenstande auch ferner seine Aufmerksamkeit zuwenden.

Abg. Dr. Günther (Nürnberg) erklärt sich mit dieser Darlegung befriedigt und werden die übrigen Titel dieses Etats genehmigt; dasselbe geschieht debattelos mit dem Etat des Patentamts.

Es folgt der Etat des auswärtigen Amtes. Bei Titel 1 Staatssekretair 36000 Mk. Besoldung spricht Abg. Dr. Reichensperger (Cresfeld) den Wunsch wieder aus, daß dem Reichstage, wie dies den Parlamenten anderer Staaten gegenüber bereits geschehe, alljährlich ein sogenanntes „Blaubuch“ über die politischen Vorgänge des abgelaufenen Jahres vorgelegt werde. Befuß der Information sei diese Institution von hoher Wichtigkeit. Staatssekretair v. Bülow schweigt (Heiterkeit).

Abg. Dr. Hänel schließt sich den Ausführungen Reichenspergers an und hält die Einführung einer derartigen Eintrichung als im Interesse des Reichstages dringend geboten. Er hegt die Hoffnung, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern sei, wo die Vorlegung eines sogenannten „Blaubuches“ als selbstverständlich erachtet werde.

Die einzelnen Titel des Etats werden debattelos genehmigt. Bei Titel 63 (Konsulat zu St. Petersburg) fragt

Abg. Richter (Hagen), ob der Regierung bekannt sei, daß die Russischen Eisenbahngesellschaften neuerdings in Petersburg eine Conferenz gehabt, in welcher sie beschlossen, mit Rücksicht auf die beabsichtigte Besteuerung

